Hungerstreik 1989

Info 10

20.4.89

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Erklärung der Gefangenen

Wir lehnen die drei Länder-Kleingruppen ab. Das wußte jeder vorher, es ist nichts.

Es geht jetzt als erstes um einen Anfang, der den Sinn enthält, den wir in vielen Erklärungen, Briefen usw. gesagt haben.
Ein Schnitt nach den 18 Jahren.
Eine neue Qualität.
Das sind als materieller Kern Gruppen in einer Größe, in der eine Entwicklung möglich ist. Die Kleingruppen, wie bisher geredet wird, sind eine über Jahrzehnte ausgeforschte Variante der Isolation.

Etwas anderes machen wir nicht, das ist eine Tatsache. Es wäre nur das alte Elend.

Bevor man aber davon sprechen kann, was dieser Anfang sein soll, muß definitiv klar sein, daß es ein Anfang **für alle** ist.
Wir lassen uns doch nicht in der Mitte auseinanderreißen.

Um von uns aus den Raum aufzumachen, diesen Anfang durchzusetzen, unterbrechen Christa und Karl-Heinz jetzt.

Wir machen es, um die Zuspitzung für eine Zeit wegzunehmen.
Die Zeit ist nicht lang.
Und wir machen es, um damit noch einmal klar zu sagen, „was wir wollen". Der Hungerstreik ist keine RAF-Aktion, die Gefangenen sind nicht die RAF. Wir sind auf einem anderen Terrain.
Geändert hat sich nichts.
Es ist uns deshalb schwer gefallen, weil wir befürchten müssen, daß es falsch interpretiert wird. Niemand soll an unserer Entschlossenheit zweifeln. Wenn es nicht zu diesem Anfang kommt, werden wir die Konfrontation konsequent auskämpfen.

Wir konnten es aber auch gut machen im Gedanken an die vielen, die unsere Forderungen unterstützen.

Wir nehmen also besonders für alle die draußen die Zuspitzung jetzt weg, dann kann auch politisch weiter überlegt und in einem nächsten Anlauf gehandelt werden.
Wir haben noch nichts.
Viel wird von der Kraft draußen abhängen.

Christa Eckes, Karl-Heinz Dellwo,
Brigitte Mohnhaupt, Helmut Pohl

Erklärung von Brigitte Mohnhaupt und Claudia Wannersdorfer zum Abbruch von Claudia, 17.4.

Claudia hat letzte Woche wieder einen epileptischen Anfall gehabt. Jetzt konnten wir alleine miteinander reden. Es ist klar, daß sie den Hungerstreik nicht weitermachen kann.

Trotz der starken Medikamente, die Claudia inzwischen einnimmt, hatte sie im Januar die gleichen Anzeichen gespürt, wie vor den Anfällen im Juli und September 1988. Es ging dann jedoch wieder vorbei bis letzte Woche.

Daß die Tabletten die Anfälle nur herunterhalten können, aber nicht verhindern, war von Anfang an klar. Solange die Situation nicht grundlegend verändert ist, kann es Claudia auch nicht besser gehen.

Claudia muß raus. Bei jedem Anfall werden Gehirnzellen zerstört. Hier müssen wir endlich sofort zusammen, solange wir nicht in einer Gruppe mit den anderen sind. Das geht alles nicht mehr, keinen einzigen Tag.

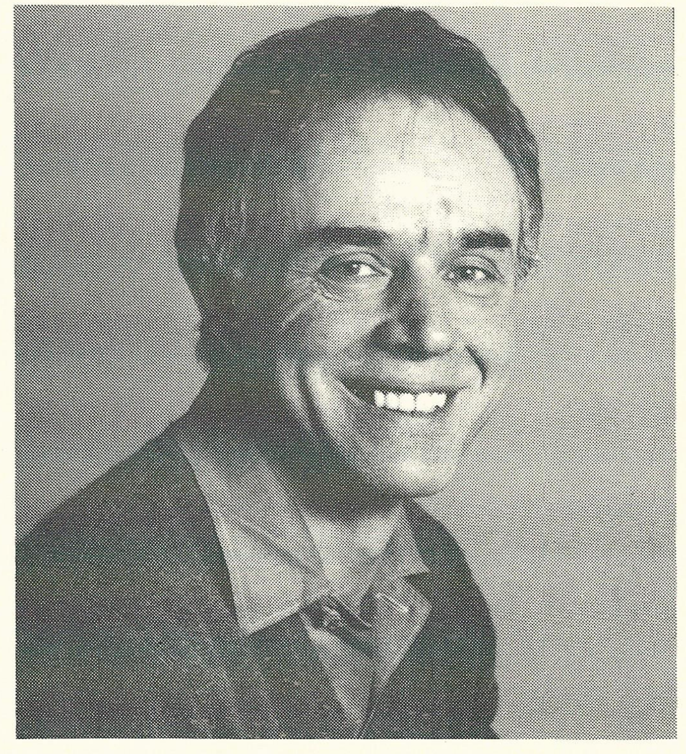
Erklärung von Irmgard Möller, Hanna Krabbe, Christine Kuby

‚in unseren ländern gibt es keine isolationshaft', sagen die regierungen von nrw, west-berlin und schleswig-holstein.

im lübecker trakt wird seit 1974 isolationshaft vollstreckt, in den ersten jahren einzelisolation, seit 80 kleingruppenisolation — zuerst fünf, dann vier, jetzt drei von uns sind zusammen —, über 10 jahre galt das verbot, sich mit anderen gefangenen — politischen und sozialen — überhaupt nur zu schreiben. nirgends war die abschottung nach draußen so strikt wie hier in lübeck. wir hatten die ganzen jahre nur uns — und eine stunde besuch im monat. unsere kontakte nach draußen waren damit beschränkt auf eine oder zwei personen, auf kommunikation hinter panzerglas und mit lka-überwachung — natürlich gehen die berichte von jedem besuch an die verfassungsschutz-ämter, das bka, die lka's an den orten der besucher.

im trakt wird abgehört. sobald wir aus der zelle kommen, eine von uns in eine andere zelle geht, sind wir in der kamera, und der hof ist rundum mit kameras gespickt.

wir sitzen seit 17, 14 und 11 jahren in isolation und haben andere gefangene erst letztes jahr zum ersten mal nur gesehen. als christa vor 15 jahren hier in einzelisolation war, wurde sie mit ner jacke überm kopf zum zahnarzt geschleppt, wenn wir mal ausm trakt raus zum arzt mußten, wurden die flure leergeräumt.





Helmut Pohl (oben); Christian Klar (unten)

und die erste tat der kieler spd-regierung letztes jahr: die vergrößerung unserer gruppe durch verlegung von gabriele und angelika aus berlin nach hier abgelehnt. gleichzeitig versuchen sie überall einen begriff von isolation durchzusetzen — isolation in ihrer brutalsten form: totale kontaktsperre, wogegen alle differenzierten formen als folter nicht mehr erkannt werden sollen.

das sind die tatsachen. und das ist die besondere situation hier, aus der raus wir den streik angefangen haben. am 29. märz sind wir — irmgard möller und hanna krabbe — in die kette gegangen.

auch karl-heinz und christa, die durchgehend seit dem 1.2. im streik sind, haben jahrelange kleingruppenisolation hinter sich — in celle sind sie jetzt zu dritt, und christa kennt das aus der zeit nach ihrer ersten verhaftung 74.

wir wollen auch kleinere verbesserungen nicht unterschlagen: letzten monat hatten wir zum ersten mal besuch ohne trennscheibe, und die postzensur ist plötzlich weniger restriktiv. aber wir haben auch das vs-papier gelesen: ihre absicht, uns mit kurzfristigen erleichterungen reinzulegen.

und jetzt kommen die drei spd-länder mit ihrem sogenannten angebot: ‚die gefangenen in mehreren gruppen von 4 — 6 personen in unseren ländern zueinander zu bringen'. mündlich wurde uns vom justizministerium gestern gesagt: wir drei könnten mit den zwei gefangenen aus berlin zusammengelegt werden. in nrw sollen vier frauen zusammengelegt werden. das soll das ‚angebot' sein, ‚alles ihnen mögliche' — und engholm bietet uns ein gespräch an. wir lehnen ein gespräch nicht ab — aber nur auf der basis eines ‚substantiellen angebots' — wie es von einzelnen regierungen selbst lanciert wurde — über das wir auch reden können.

dies ist nur zynisch. wir haben selbst und über unsere anwälte oft genug gesagt: wir verhandeln auch über jeden möglichen zwischenschritt, der uns schließlich die zusammenlegung für alle politischen gefangenen bringen kann. aber kleingruppen als dauerform können und wollen wir nicht länger akzeptieren. und wir wissen, wovon wir reden.

natürlich sind wir gern zusammen, wem sollen wir das noch erklären — aber in dieser reduzierten form geht es für uns nicht mehr. jeder schritt, jede geste kriegt im vakuum eines trakts eine andere dimension — die absicht ist aus der folterforschung auch klar: sie wollen, daß wir gegeneinander losgehen, und mindestens, daß wir uns nicht entwickeln können. es bedeutet für jede in einer kleingruppe täglich die anstrengung, uns, unsere situation und unser gemeinsames leben dauernd in beziehung zu setzen zur ganzen wirklichkeit. aber gut, wir haben uns da durchgekämpft, und wir sagen jetzt: schluß damit. und die realität ist: wir sind ein großes kollektiv — so hat sich die gruppe der gefangenen aus raf und widerstand gegen die politische und materielle isolation der letzten 18 jahre durchgesetzt. und wir wollen nach diesen jahren tortur endlich zusammen sein. so kämpfen wir.

wir gehen auch davon aus, daß die drei spd-länder jetzt mit ihrem kleinstgruppenangebot (eine gruppe von fünf, eine von vier gefangenen zu bilden — während über 50 im streik sind!) gar nicht erwartet haben, daß wir das akzeptieren können. die harte haltung ist am streik und der mobilisierung schon spröde geworden. einige länder versuchen jetzt durch kleinliche angebote, gespräche, verhandlungen eine entscheidung hinauszuzögern und die verantwortung uns zuzuschieben. für uns — und der streik ist heute im 71. tag — bedeutet das: die strategie der vernichtung bleibt.

aber wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

die gefangenen aus der raf in lübeck, 12.04.1989
irmgard möller, hanna krabbe, christine kuby

Brief von Eva Haule

du, ich will das mal sagen, was ich mir unter der ‚großen politischen auseinandersetzung' alles vorstelle. das war bisher mehr als ... bild in meinem kopf, so: das ist es, darum gehts für uns und die menschen im widerstand (im weitesten sinn).

nach deinem brief, wo du von dem gespräch mit den autonomen studenten erzählt und gesagt hast, es geht auch um die vermittlung unserer erfahrungen aus den fast 20 jahren — als grundlage von allem neuen — hab ich jetzt versucht, mir das konkreter vorzustellen.

geissler hat mich auch drauf gestoßen durch die fragen in seinem buch und was er in ‚konkret' sagte zur diskussion, die er notwendig findet. ihm habe ich jetzt angefangen zu schreiben. kennst du den brief?

zu den vielen fragen, die es an uns gibt und woraus sie kommen — ich bin sicher, daß ein wichtiges moment darin mit dem „emotional folgen können" zu tun hat, von dem ich in der ersten prozeßerklärung geredet habe. die unterdrückten müssen denen, die revolutionäre politik machen, emotional folgen können — das ist das ‚herz' der ganzen beziehung zwischen guerilla und den menschen im widerstand für den revolutionären prozeß. das steht für mich ganz oben, es ist ne politische qualität, und sie zu entwickeln, hat ne große bedeutung für die ganze verständigung, den dialektischen prozeß nicht nur innerhalb der revolutionären bewegung, sondern weit über sie raus.

mir fiel dazu ein, was ich von draußen noch kenne z.b. an den auseinandersetzungen um den gi oder der aktion gegen zimmermann — und zwar mit leuten, die nicht feindlich gegen uns waren. von ihnen waren das fragen, die aus dem genauen gefühl kamen, daß die guerilla anders denkt, ‚fühlt', sich anders bestimmt in der konfrontation, und ihnen da was fremd ist. das andere waren diskussionen, in denen es darum ging, politisch genauer zu verstehen, wie die strukturen im system sich verändert haben, funktion der technokratischen elite etc. ... es war ein genauer verstehen-wollen, als es für sie aus der erklärung zu zimmermann möglich war, und sie wollten von uns mehr und anders wissen, wie wir unsere politik und praxis bestimmen. und dann fragen dazu — die sind ja schwer zu beantworten, aber das hat viele beschäftigt, und ich will lernen, darüber zu reden — wie das eigentlich ist für eine gruppe, wenn sie (wie es lange war) praktisch total alleine hier revolutionäre politik macht. welche schwierigkeiten daraus entstehen, subjektiv und politisch und wie wir das überhaupt gemacht haben. wozu auch das gehört, was du sagst: der gewaltmarsch gegen die staatsloyale linke in den 70ern. es ist auch klar, daß es sehr kritische fragen gibt — für mich ist aber der punkt, von wem und aus welcher motivation sie kommen.

ich würde z.b. mit denen, die du gesprochen hast, sofort auch offen über unsere fehler reden. das hört sich vielleicht irre an, aber ich hab kaum mal bessere diskussionen erlebt als genau solche. da hat am ende jeder mehr gewußt, und nicht nur im hirn. das waren oft viel politischere auseinandersetzungen als mit leuten, die nur mit formeln hantieren und sowieso alles fressen, was du ihnen erzählst.

wir haben das lange so gesehen, daß wir (selbst-)kritisch über unsere fehler nur ‚intern' reden — also unter uns und mit genossen hier und woanders, die ganz klar auf der seite des revolutionären projekts stehen. das ist auch logisch — wenn man sich ‚die linke' in den 70ern und teilweise noch in den 80ern hier vor augen führt. was gehen die unsere fehler an und was wir dazu denken, wenn sie sowieso nur ihr süppchen gegen den kampf kochen. aber das ist heute anders.

was auch oft kam: daß leute gern unsere texte/erklärungen besser verstanden hätten, aber mit diesen bröckchen einfach nicht klargekommen sind. dann haben wir darüber geredet, warum das schwer ist und gleich weiter — weil es das ganze verhältnis guerilla — basisbewegungen berührt, wie wir das bestimmen, welche schwierigkeiten darin liegen aus der unterschiedlichkeit des politischen begriffs und des kampfs; und andersrum: wie diese ‚spannung', die notwendig in diesem verhältnis steckt, produktiv gemacht werden kann für den revolutionären prozeß. dazu gibt es viel zu sagen. na ja, ein beispiel.

jedenfalls ist mir beim nachdenken nochmal so klar geworden, welche berge wichtiger erfahrungen es aus den ganzen jahren gibt. für alles jetzt. und sicher ist, daß das von mir und uns allen anders angepackt werden muß als früher, sie zu vermitteln. und überhaupt von uns zu reden. eben — es ist eine völlig andere auseinandersetzung als mit der ‚linken' bisher und als die nur mit der antiimp./autonomen scene bis mitte der 80er. das will ich lernen. und das geht in der direkten diskussion — hab ich schon mit geissler gemerkt! wenn ich weiß, was einer will und ihn ticke, dann gehts. es stimmt wirklich in einem umfassenden sinn, daß die ganze phase der kämpfe seit 80 vor 2, 3 jahren abgeschlossen war und etwas neues angefangen hat.

jetzt wird — und muß auch — alles auf einer neuen grundlage weitergehen, und es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten erfahrungen, die in den letzten 20 jahren im revolutionären kampf hier gemacht wurden, nicht offen in die diskussion gebracht würden. na, einfach: es sind die reichsten erfahrungen. aus allem, auch aus den fehlern, ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre bewegung braucht ein bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der luft.

außerdem hab ich wieder gesehen, wie sehr wahr das ist: aus den fehlern lernen, sich weiterbringen — so läufts. unsere geschichte.

also so will ich das jetzt auch: unsere erfahrungen offen in die auseinandersetzung bringen und offen sein für alle ernsten fragen — egal wie kritisch sie sind. das ist auch ganz klar ein stück für den aneignungsprozeß, um selbständig revolutionäre politik entwickeln zu können.

ein punkt in dem ganzen — du hast es auch so gesagt — ist, zu dieser

'linken', zu bestimmten kreisen und personen aus ihr und was sie die ganze zeit getrieben haben, etwas klares zu sagen. es gibt ja einige von denen, die nun plötzlich überall aufkreuzen, sich mit ihren angeblichen erfahrungen und ihrem scheinbaren wissen aufblasen — und so tun, als wäre nichts gewesen. das kann nicht laufen, daß die sich in die neuen kämpfe reinschmieren oder in kampagnen ihren mund aufreißen. da muß klarheit geschaffen werden, das braucht ne revolutionäre bewegung.

aber noch weiter. es geht um sehr viele grundsätzliche und konkrete fragen jetzt — das bedeutet auch, es ist ein enorm großer offener bereich der diskussion. das kann also niemals so laufen, daß man sich 'standpunkte' entgegenhält, abtötende ideologische debatten führt oder sich gegenseitig volles rohr den kurs um die ohren haut, den die jeweilige gruppe/tendenz entwickelt hat . . . da gehts erstmal ganz viel um sich-verstehen, aufnehmen, sich wiederfinden — und das ist für alle so, die jetzt teil dieser politischen diskussion sein wollen. so seh ich das. und wenn ich überlege: mit wem will ich diese große politische auseinandersetzung? — dann ist es so für mich: mit allen, die das aus ihrer existentiellen erfahrung (subjektiv, moralisch, materiell . . . wie auch immer) spüren und begreifen, daß wirklich schluß sein muß mit der zerstörung im system und es dagegen darum geht, eine grundsätzlich andere, an den menschen orientierte gesellschaftliche realität durchzusetzen — in den einzelnen kämpfen und über sie raus als umwälzungsprozeß.

und das heißt, es geht um die ganzen subjektiven und politisch-inhaltlichen bestimmungen und vorstellungen für diesen prozeß. das ist ein riesiges feld, das bisher noch kaum entwickelt ist. das war auch nicht möglich, so seh ich das, erst jetzt entsteht die möglichkeit, in den vielen konkreten kämpfen gegen die destruktion in allen bereichen und für die ziele des widerstands revolutionäre politik zu machen, über sie zu diskutieren — mit dem ziel, diese kämpfe als elemente des umwälzungsprozesses zu entwickeln. das kann nur ihr sinn, ihre perspektive sein. das war bis vor 2, 3 jahren noch nicht möglich. ich glaub, daß es diese kämpfe sind, die in ihrem prozeß zur einheit eine neue revolutionäre bewegung schaffen können.

dazu gehört noch was anderes. ich hab geissler grade geschrieben. er sagt in seinem buch oft „es geht" . . . es ist möglich hier anzugreifen, den revolutionären kampf zu organisieren . . . abgesehen davon, daß das konkret und für jeden einzelnen immer die wichtige frage ist, ist es aber grundsätzlich politisch, was uns und den bewaffneten angriff im zentrum betrifft, heute nicht mehr die frage. wir wissen: es geht. die herrschenden haben es mit ihrem ganzen, historisch beispiellosen repressionsapparat nicht geschafft, den revolutionären faktor hier zu liquidieren — und sie werden es auch nicht mehr schaffen. das ist nach den fast 20 jahren klar — und das ist sehr viel, wenn man sich die gesamten bedingungen in der metropole brd klarmacht. die ganze entwicklung ist heute weiter — und wir sinds auch. die fragen sind jetzt andere. die neu entstehende revolutionäre bewegung **kann** aus dem selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle mittel hat (und braucht) für ihre ziele. daß das möglich ist, dafür hat unser kampf in den ganzen jahren mit die grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer „nur" die entscheidung, wie und wann — also mit welchen präzisen bestimmungen im und für den umwälzungsprozeß die mittel eingesetzt werden.

noch kurz, um den rahmen zu zeigen — **der** punkt für die arbeit und diskussion unter uns und mit allen, die das wollen, muß jetzt sein, die veränderten grundbedingungen für revolutionäre politik, für die ganze vorstellung vom umwälzungsprozeß neu einzuschätzen und zu bestimmen. in stichworten, was das umfaßt:
die krisenprozesse im system seit mitte der 80er aus ihrer historischen bewegung und die globale zerstörerische dynamik, die das system unumkehrbar produziert — die neuen politischen entwicklungen in den sozialistischen staaten, vor allem der sowjetunion — die aufstände, revolten, organisierten kämpfe für würde und selbstbestimmung im süden, die es in dieser massenhaftigkeit und politischen qualität überhaupt noch nie gegeben hat — die neuen widerstandsprozesse hier aus der erfahrung der destruktion — aus allem zusammen geht es um neue bestimmungen für den revolutionären prozeß, für revolutionäre politik auf **allen** ebenen.

das alles richtig einzuschätzen und zu bestimmen brennt mir, uns allen total unter den nägeln; es ist die bedingung, um zu greifbaren vorstellungen und politischen bestimmungen für den umwälzungsprozeß zu kommen; dafür, wie die ziele des kampfs real durchgesetzt werden können; und für lösungen der vielen konkreten fragen, die sich überall stellen.

das geht nur zusammen! dafür brauchen wir die zl und die große politische auseinandersetzung — und ich glaube, der widerstand braucht beides genauso! es wird ein prozeß von arbeit, diskussion, erfahrungen in der konfrontation jetzt mit allen, die teil des revolutionären subjekts sein wollen oder schon sind; und drüberraus mit allen, die heute noch mit unterschiedlichen zielen, aber auch für eine andere gesellschaftliche wirklichkeit kämpfen und deshalb die diskussion wollen, so wie wir.

das ist, mit grobem pinsel gemalt, mein bild von der großen politischen auseinandersetzung, wie ich sie will und wie ich darin sein will . . . daß das unter den bedingungen, wie sie noch sind, unmöglich ist — das ist klar. und genauso, was wir mit 'freier kommunikation' meinen und wollen. es ist auch so deutlich — wir könnten sofort anfangen. wir wollen, die leute draußen im widerstand wollen — also setzen wir das jetzt durch.
16.03.1989

„Isohaft in Celle — Lüge und Wahrheit"
Erklärung von Gefangenen aus Celle

Die Behauptungen von Generalbundesanwalt Rebmann und Co. werden auch dann nicht zur Wahrheit, wenn diese Lügen zigmal wiederholt werden. Die Insassen der JVA Celle bekunden hiermit, daß die Isolationshaft sehr wohl vorhanden ist! Die hiesige Bunkermentalität ist in folgenden Stufen unterteilt: 1. Sicherheitstrakt 1, Station für angeblich gefährliche Gefangene. 2. Sicherheitstrakt 2, Station für angeblich gefährliche Gefangene. 3. Kopfbau, Station für den sogenannten renitenten Gefangenen. 4., Normalvollzug'. 5. Das Freigängerhaus, es liegt außerhalb der JVA Celle. 6. Die Abteilung 2 west, dort sind ca. 25-30 Häftlinge untergebracht, die außer der Sportstunde und sogenannten Freistunde ca. 21-22 Stunden täglich unter Verschluß sind. 7. Hochsicherheitstrakt, totale Isolation und Absonderung.

Somit ist jede Diskussion über Isohaft absurd! Diese erinnert uns hier im Wahrheitsgehalt an den ehemaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel aus Schleswig-Holstein. Der Hochsicherheitstrakt ist ein Knast im Knast! Durch unsere Unterschriften bekunden wir unsere Solidarität mit den Hungernden und sehen die Forderungen als berechtigt an. Ebenso sind wir mit einer Veröffentlichung unserer Namen einverstanden. Die Gesamtstruktur dieser Haftanstalt ist auf Untertanengeist und völlige Unterwerfung ausgerichtet. Folgende Bücher über die JVA Celle geben genaue Auskunft: 1., Ein festes Haus', 2. 'Hinter den Fassaden'.

Die Wahrheit läßt sich auf Dauer auch hinter den Gittern nicht unterdrücken. Denn wo Gerechtigkeit und Menschlichkeit fehlen, wird Widerstand zur Pflicht!

Es geht nicht darum, gefangen zu sein, sondern darum, sich nicht zu ergeben! (Nazim Hikmet) Meistens ist nicht die Gegend schlecht, sondern das Pack, das sich drüber zu herrschen erfrecht. Diesem Pack muß die Stirn geboten werden, dann wird es endlich erträglich auf Erden. (B. Brecht)
Wir fordern: Resozialisierung und Integration! Nicht Verwahrvollzug und Isolation! — Celle, 8.4.89 (Diese Erklärung haben insgesamt 19 Gefangene aus Celle unterschrieben.)

Köln. Der Gefangene Jürgen Benke unterstützt mit einem auf zwei Wochen befristeten Hungerstreik die Forderungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand.
Willich. Zwei Gefangene aus der JVA Willich traten aus Solidarität mit allen politisch Verfolgten und Gefangenen am 10.4. in einen unbefristeten Hungerstreik.
Westberlin. JVA Moabit: 18 Gefangene erklären ihre Solidarität mit den Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen und, daß sie für Zusammenkommen kämpfen.
Westberlin. Frauenknast Plötzensee. Drei Gefangene begannen am 7.4., nachdem bis zum 5.4. keine Verhandlungsergebnisse da waren, in den unbefristeten Hungerstreik. Vier weitere Gefangene aus Haus 4 (Jugendvollzug) traten am 16.3. in einen 3tägigen Warnhungerstreik ein. Am 17.4. traten 20 weitere Gefangene aus Haus 1, Haus 2 und Haus 5 in einen 3tägigen Hungerstreik ein, aus dem heraus, wie schon am 7.4. angekündigt, weitere Frauen in den unbefristeten Hungerstreik gehen. (s. Info 9 — Red.)

Aktuelles aus den Knästen

Haftbedingungen von Ingrid Barabaß

Überblick: von juli 85 bis juni 86: 23 stunden in der zelle, 1 stunde hof

(zeitweise mit anderen); die nächsten 2 jahre abwechselnd mit gisel und mareile, also jeden 3. tag, zellenaufschluß; nach verlegung von mareile ende märz 88 jeden 2. tag zellenaufschluß; von 6. juni 88 bis 1. februar 1989 gleichzeitiger aufschluß und zusammenkommen mit gisel; seit beginn des hungerstreiks wieder von gisel getrennt. die ersten 3 wochen vollständiger einschluß, dann wie früher jeden 2. tag aufschluß. (was der aufschluß für uns ist: siehe brief von gisel von märz 89) (siehe Info 9 — die Red.).
einzeln: läuft hofgang, büchertausch, duschen — die ganze zeit über.
durchsuchungen: von anfang an körperdurchsuchungen mit ausziehen einmal die woche, zellendurchsuchungen viermal die woche.
kontakte zu anderen gefangenen: es ist ein ständiges rein und raus von gefangenen auf der sonderstation. hier kommen nur solche hin, die eine geldstrafe nicht bezahlen können (und jeden tag ‚ausgelöst' werden können) oder frauen in abschiebehaft. meist für ein paar tage oder wochen, selten 2 oder 3 monate. dadurch ist dafür gesorgt, daß beziehungen nicht entstehen können. den anderen gefangenen wurde wiederholt gesagt, sie sollten nicht mit uns reden. wenn sie es doch öfter tun, wird druck ausgeübt bis hin zu zwangsverlegung.
unkontrollierte kontakte mit gefangenen außerhalb der station *werden verhindert*. wir kommen aus dem bereich sonderstation und hof überhaupt nur bei besuchen, büchertausch, eventuell arztbesuch heraus — immer einzeln, und stets sind dann 2 knastbeamte dabei. zum essen gehen andere gefangene in großen gruppen in die kantine — wir kriegens auf der zelle. wir lehnen arbeit ab. für uns würde es arbeit nur auf der sonderstation geben.
besuche: alle 2 wochen 1 stunde, 26 besuche im jahr. vor und nach angehörigen-besuchen, die ohne trennscheibe stattfinden, körperdurchsuchungen mit ausziehen. alle anderen besuche mit trennscheibe. besuche werden immer überwacht, zumindest von 1 lka'ler und 1 sicherheitsbeamtin, öfter sind 2 lka'ler und manchmal insgesamt 4 überwacher. das letzte besuchsverbot wurde im januar 89 verhängt (5.1.89). ein besuchsantrag für eine neue besucherin, mitte märz gestellt, wurde bis heute/7.4. nicht genehmigt.
zensur: als beispiel: ein brief meiner mutter wurde einfach zurückgeschickt, ohne mir das mitzuteilen. briefbeilagen werden öfter nicht ausgehändigt. infos, broschüren, kopien werden größtenteils angehalten, mit den pauschalen begründungen: ‚zu hoher kontrollaufwand' oder ‚gefährdet die sicherheit und ordnung der JVA'.
sonstiges: wir dürfen nicht mit unseren familien telefonieren. sie lassen uns keine fotos von uns machen.
ingrid barabaß, 07.04.89

Weitere Meldungen

Straubing. Rolf Heißler geht es entgegen anderslautenden Meldungen den Umständen entsprechend gut.
Lüneburg. Jens Stuhlmann erhält kein Mineralwasser! Ihm wird stattdessen Tee angeboten, den er ablehnt.
Straubing. In der Öffentlichkeit werden Vorveröffentlichungen von Gutachtern lanciert, denen zufolge der seit 14 Jahren inhaftierte Bernd Rössner „haftfähig" sei. Lt. Rebmann-Sprecher Prechtel sei es bei der Prüfung der Haftunfähigkeit darum gegangen, den Vorwurf zu entkräften, man halte haftunfähige Gefangene hinter Gittern. Dabei ist die Haftunfähigkeit Bernd Rössners für alle, die mit ihm zu tun haben, augenfällig.
Stammheim. Der Besuch eines Genossen aus Tübingen bei Rico wurde nach einer halben Stunde ohne Begründung abgebrochen, als das Gespräch auf die aktuelle Situation kam, die anstehende Lage der Gefangenen, die Haltung des Staates, den Tod Gefangener in Kauf zu nehmen.
Düsseldorf. Der Besuch von Mechthild bei Norbert Hofmeier am 11.4. wurde nach ca. 10 Min. vom überwachenden LKA-Beamten abgebrochen. Norbert unterliegt einer verschärften Postbeschlagnahme und Zeitungszensur, er erhält die taz gar nicht mehr, den „Arbeiterkampf" mindestens zweimal nicht mehr, selbst Artikel aus „Spiegel" und „Stern" zum Hungerstreik bekommt er nicht mehr zu sehen.
Heilbronn. Die fünf Gefangenen im Hungerstreik erhalten seit vier Wochen keine Post, es geht auch keine Post von ihnen heraus.

Aktivitäten von Angehörigen

Hannover. Am 12.04. haben Angehörige, Freunde und Freundinnen der politischen Gefangenen und der Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße mit Unterstützung von GenossInnen aus Hannover das Justizministerium blockiert. Die Eingangstür wurde mit einer Eisenkette dichtgemacht, so daß niemand mehr raus oder rein konnte, Plakate wurden geklebt, Flugblätter verteilt und mit Rasseln, Tröten, Trillerpfeifen, Trommeln und per Lautsprecherwagen das Ministerium „beschallt", um die Arbeit dort zu behindern:

„Herr Justizminister Remmers, es ist jetzt keine Zeit mehr für ergebnislose Gespräche, weder für Sie noch die anderen Justizminister. Wir fordern von Ihnen, sofort zu handeln, die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in 1 bis 2 große Gruppen zu verwirklichen. Wir verlangen, daß Sie heute die öffentliche Zusage machen, daß in Ihrem Bundesland eine **große** Gruppe von politischen Gefangenen zusammengelegt wird. Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes sind heute seit 71 Tagen im Hungerstreik. Sie können jede Stunde ins Koma fallen und sterben. **Dafür sind SIE voll verantwortlich!** Ihre wichtigste Aufgabe ist aber der Schutz von Leben und Gesundheit dieser Gefangenen. Damit Sie voll und ganz dieser Aufgabe nachgehen, behindern wir . . . heute den ‚normalen' Betriebsablauf Ihres Ministeriums . . ."

Nach ca. 1 Stunde räumte die Polizei den Eingang des Ministeriums frei und zerrte alle auf die gegenüberliegende Straßenseite. Daraufhin formierte sich eine Spontandemonstration (unter polizeilicher „Begleitung") in die Innenstadt, in der noch zwei kurze Kundgebungen abgehalten wurden. Während der ganzen Aktion kam es weder zu Personalienfeststellungen noch Festnahmen.
Amsterdam. Am 14.4. besetzten Angehörige für 5 1/2 Stunden das Goethe-Institut in Amsterdam. Davon waren 1 1/2 Stunden Pressekonferenz, die gut besucht war. Mit dieser Aktion sollte erreicht werden, daß auch im Ausland mehr zum Hungerstreik berichtet wird und damit auch ein internationaler Druck auf die BRD-Regierung ausgeübt wird.

Solidarität Inland

Erklärungen, Grüße, Solidarität:

- Landeskonferenz der DFG-VK Baden-Württemberg
- Aktionskreis gegen Repression in Ulm
- Die Grünen Rendsburg: „Es gibt keine gesetzliche Grundlage, die der Zusammenlegung der politischen Gefangenen entgegensteht. Es gibt auch keine rationalen Argumente gegen die Erfüllung der Forderung nach Zusammenlegung. Voraussetzung ist allerdings ein Angebot, in das alle Gefangenen einbezogen werden. Diese Debatte muß genutzt werden, um ebenfalls aufs schärfste die Haftbedingungen im sogenannten ‚Normalvollzug' zu kritisieren . . ."
- Ca. 30 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung mit einem Vertreter des Pan Africanist Congress in Paderborn
- Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd, Zentrum für stadtteilbezogene Kultur- und Sozialarbeit
- Studentenvertretung der Kirchlichen Hochschule Berlin
- AStA der Technischen Fachhochschule in Westberlin
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Braunschweig. Die Regionalgruppe greift auch die Observation einer Braunschweiger Veranstaltung durch die Politische Polizei an.
- Vollversammlung des sozialpolitischen Forums der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise vom 7.4.-9.4. in Frankfurt, ca. 150 Teilnehmer/innen
- Antifaschistisches Aktionsbündnis Memmingen
- Anwesende der ÖTV-Veranstaltung zur Isolationshaft des Zentralkrakenhauses St. Jürgen-Str. Bremen
- Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Gen-Industrie BS
- Kieler Bündnis gegen Isolationsfolter. In einem Brief an den Justizminister von SH über die Veranstaltung in Kiel am 12.4. mit 250 Teilnehmern heißt es: „. . . sah die Mehrheit der Veranstaltungsteilnehmer in Ihren Vorschlägen keine Perspektive zu einer Lösung, da sie lediglich eine Wiederherstellung der bereits unter der CDU-Landesregierung bestandenen Verhältnisse der Kleingruppenisolation darstellen . . ."
- Mehrheit der studentischen Vollversammlung des Fachbereichs Jura II (FB 17) der Universität Hamburg am 12.4. In einem Offenen Brief an Justizsenator Curilla schreiben sie: „. . . Die Zusammenlegung ist nach dem Strafvollzugsgesetz (StVollzG) möglich. § 7 Abs. II Nr. 3 StVollzG sieht ausdrücklich die Unterbringung von Gefangenen in Wohngruppen vor . . . Nach den vorliegenden Konzepten sollen jedoch die Gefangenen aufgrund ‚persönlichkeitsbezogener Differenzierungskriterien' und ‚Verhaltensbeobachtungen' den Wohngruppen zugewiesen werden . . . Im Gegen-

satz dazu wollen die Gefangenen selber die Zusammensetzung und Größe der Wohngruppe bestimmen. Wir begrüßen dies ausdrücklich und fordern dies für alle Gefangenen ..."

— Solidarische Kirche Nordelbien (Vollversammlung), Pax Christi — Internationale kath. Friedensbewegung, Sektion HH
— TeilnehmerInnen einer Film-Veranstaltung in KL-Enkenbach
— 80 Teilnehmer/innen einer Veranstaltung am 12.4. in Paderborn
— TeilnehmerInnen einer Veranstaltung in Bamberg „Politische Prozesse und Gesinnungsjustiz in der BRD"
— Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW (450 Anwesende) am 15.4.: „... Wenn Sie, Herr Krumsiek, die Trennung der politischen Gefangenen untereinander damit rechtfertigen, nur so könnten die Gefangenen zur ‚Selbstbesinnung' gelangen, so ist das nur eine feinsinnige Umschreibung für das Ziel, das alle Bundesländer und die Bundesregierung mit der Aufrechterhaltung der Isolationshaft verfolgen: die Gefangenen politisch und letztlich auch menschlich zu brechen. Solche Absichten sind dem Gesinnungsstrafrecht entlehnt, für das auch der § 129a StGB steht. Als antifaschistisch tätige Menschen stellen wir fest, daß damit dem Hitlerfaschismus eigentümliche Mittel und Methoden zum 40. Jahr der BRD auch hier ihre Anwendung finden ..."
— Lehrende am Fachbereich 16 (Psychologie) der Uni HH: „Wir distanzieren uns von jeglicher Forschung zur sensorischen Deprivation. An solcher Art von Forschung haben wir uns nicht beteiligt und werden es auch in Zukunft nicht tun. Sensorische Deprivation (Entzug von Sinnesreizen) und soziale Isolation führen zu unmenschlichen physischen und psychischen Belastungen. Bei dauerhafter und intensiver Deprivation und Isolation ist es gerechtfertigt, diese als Folter zu bezeichnen. Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD sind in diesem Kontext zu betrachten ... Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen ... auf, jegliche Form sensorischer Deprivation und sozialer Isolation in den Gefängnissen sofort zu beenden."

Aufruf von GewerkschafterInnen aus NRW für Zusammenlegung

Mit Sorge betrachten wir, Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen aus NRW, die dramatische Zuspitzung im Hungerstreik der politischen Gefangenen für humane Haftbedingungen. Die harte Haltung der unionsgeführten Bundesländer und der Bundesregierung nimmt — und das wird auch offen ausgesprochen — Tote in Kauf. In der aktuellen Situation fordern wir die Landesregierung in NRW und besonders den Justizminister Krumsiek auf, alle politischen Gefangenen in NRW sofort und ohne Vorbedingungen in eine große Gruppe zusammenzulegen. Nur ein solches Angebot kann eine weitere Eskalation verhindern und bedrohtes Menschenleben retten. (Bis zum 18.4. haben 57 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterschrieben. Der Aufruf soll als Anzeige in dieser Woche veröffentlicht werden.)

Internationale Solidarität

Kommunique der Volksbewegung zur Befreiung Cinchonero (MPL), Honduras

... Wir, die Volksbewegung zur Befreiung Cinchonero von Honduras, die wir am eigenen Leib Folter und politische Ermordung erlitten haben, hervorgerufen durch einen Staat, der ebenfalls terroristisch ist, als Antwort auf unseren antiimperialistischen und vom Volk ausgehenden Kampf, erklären öffentlich unsere **militante Solidarität** mit dem Kampf, der die politischen Gefangenen der BRD jetzt von den Isolationshaftbedingungen befreit, Isolationshaftbedingungen, deren man sich genauso unzweifelhaft in den heimlichen Gefängnissen in Honduras und vielen anderen Staaten Lateinamerikas bedient, um den Widerstand auszulöschen. **Schluß mit den Isolationshaftbedingungen für politische Gefangene! Freilassung der verwundeten und kranken Gefangenen in den Hochsicherheitstrakten der BRD! Volksbewegung zur Befreiung Cinchonero. Das bewaffnete Volk wird siegen!** Honduras, den 9. April 1989

Verteidigungskomitee für die Rechte der Frau

Liebe GenossInnen, wir möchten, daß Ihr alle unsere schwesterlichen und revolutionären Grüße erhaltet. Wir solidarisieren uns mit Euch Angehörigen und AnwältInnen der politischen gefangenen GenossInnen, die sich jetzt im Hungerstreik für ihre gerechten Forderungen und die sofortige Freilassung von 4 GenossInnen, die schwer erkrankt sind, befinden: Günter, Claudia, Bernd und Angelika. Unser Kampf richtet sich gegen die Isolationshaft und die Zerstörung der bewußten GenossInnen, die unserer Klasse verpflichtet sind. Dies alles ist ein Krieg, der gegen uns alle international gerichtet ist.

Für Leben und Freiheit aller unserer politischen Gefangenen, die auf der ganzen Welt eingeknastet sind. Die Freiheit unserer politischen Gefangenen liegt in der Verantwortung unseres Volkes und seiner Verbündeten. Nur der Kampf wird uns befreien!
Concepcion, 17.03.89 (Chile)

Brief eines politischen Gefangenen in Frankreich

Hiermit möchte ich meine Solidarität mit den gefangenen GenossInnen aus der RAF und dem Widerstand im Kampf für ihre Zusammenlegung ausdrücken. Kurz, ihr Kampf ist für alle Revolutionäre weltweit beispielhaft; lebendiges Beispiel, das der Barbarei des Staates und seinem Interesse, die Revolutionäre zu zerstören, entgegengesetzt wird. In diesem Sinne ist der Kampf der Gefangenen Teil des Kampfes der KommunistInnen für eine klassenlose Gesellschaft, weil er kollektive Strukturen vorwegnimmt, die im revolutionären Kampf entwikkelt werden. Der Kampf, der jetzt geführt wird, macht eine ganz neue Qualität deutlich, die Ausdauer und Stärke der Gefangenen aus RAF und Widerstand macht das starke Bewußtsein der Gefangenen deutlich, aber deutet auch ein neues Bewußtsein in der revolutionären Bewegung der imperialistischen Metropole an, qualitativ und quantitativ so stark wie bisher nie. Die Unterstützung durch die sozialen Gefangenen genauso wie die Forderung nach Zugang zu den Gemeinschaftshöfen, genauso wie die Forderung nach freier Kommunikation von drinnen und draußen beweist sehr deutlich, daß die GenossInnen aus der RAF die traditionelle Trennung von ‚politischen' und anderen Gefangenen hinter sich lassen, daß sie mit ihren Forderungen nicht irgendein Statut, ein juristisches ‚Privileg' anstreben, sondern die materielle Erfüllung einer Bedingung für den Kampf wollen, und das ‚kollektiv' und zusammen mit den Proletariern, mit allen, die sich aus ihren eigenen Bedingungen heraus anfangen zu wehren, Widerstand leisten. So wie ich es allen wirklichen DemokratInnen und auch den Militanten, die jetzt versuchen, eine politische Linie zur Stärkung der Front im Klassenkrieg zu entwickeln wünsche, so wünsche ich den Gefangenen in dieser Etappe ihren Sieg, die Erfüllung ihrer gerechten Forderung, die Zusammenlegung **jetzt!** Für die Einheit der KommunistInnen und aller Unterdrückten, für den Sieg des Proletariats weltweit.
Jean Asselmeyer, 08.04.89, politischer Gefangener in Frankreich und Mitglied des Kollektivs „L'Internationale".

PLO-Komitee zum Schutz der pal. Gefangenen

Wir werden unsererseits alles, was uns möglich ist, tun, um die Forderungen der bundesdeutschen Gefangenen in Erfüllung gehen zu lassen. Wir wenden uns mit einem öffentlichen Appell an die bundesdeutsche Bevölkerung, sich solidarisch mit den politischen Gefangenen zu erklären und sich für ihre gerechten Forderungen einzusetzen. Außerdem verlangen wir von der BRD-Regierung schriftlich, daß sie sich für die Erfüllung dieser Forderung einsetzt. Auf internationaler Ebene werden wir folgendes tun: wir werden alle internationalen Organisationen, zu denen wir Kontakt haben, dazu auffordern, sich für die Forderungen der politischen Gefangenen in der BRD einzusetzen.
13.04.89

Brief aus den USA

Setzt das Protestfasten fort: Erneuter Aufruf zur Solidarität.

Die Hungerstreiks in Südafrika und Westdeutschland gehen weiter. Genossen sind dem Tod nahe. Das Protestfasten von US-Gefangenen am 15. März war sehr erfolgreich; es half, Gruppen dazu zu mobilisieren, auf die Straße zu gehen, und wir begannen gemeinsam damit, für diese Kämpfe bei den fortschrittlichen Medien Aufmerksamkeit zu wecken. Jene 400 von uns, die landesweit teilnahmen, erfuhren einen Moment, in dem wir die Ohnmacht, die die Gefängnisse durchsetzen sollen, durchbrechen. Wir denken, daß wir, solange die Hungerstreiks weitergehen und das Leben von politischen Gefangenen in Gefahr ist, die Einheit, die wir aufgebaut haben, zum Einsatz bringen sollten. Genossen aus mehreren Gefängnissen haben erklärt, daß sie planen, das Fasten fortzusetzen. Wir stimmen dem zu. Deshalb rufen wir alle fortschrittlich gesinnten Gefangenen dazu auf, sich dem 24-Stunden-

Fasten am ersten und 15. eines jeden Monats für die Dauer des Hungerstreiks anzuschließen . . .

Es ist zunehmend offensichtlich, daß Genossen bei diesen Hungerstreiks sterben werden oder irreparable Schäden an ihrer Gesundheit erleiden werden. Unsere kollektiven Aktionen können helfen, Helden am Leben und für den Kampf zu erhalten oder zuallerletzt die Bedeutung ihres Opfers fortleben zu lassen.

Gegen Unterdrückung: Widerstand! Freiheit für das Volk von Azania/Südafrika! Weg mit Sicherheitshaft und Isolationsfolter — von Südafrika bis Westdeutschland bis in die USA! Freiheit für alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen! **Amandla!**

Die Angeklagten im Prozeß wegen konspirativen Widerstands (eingegangen am 11.4.)

Weitere Meldungen

Frankreich. Diese Woche wird in der Universität von Saint-Denis in Paris eine Veranstaltung zum Hungerstreik stattfinden. Das französische Angehörigen-Komitee AFAPP hat hierfür eine Reihe von Dokumenten zusammengestellt, u.a. die Übersetzung der Erklärung zum Hungerstreik.

Belgien. Das Kollektiv „Klasse gegen Klasse“ schließt sich der Solidaritätserklärung der vier militanten Gefangenen der CCC (siehe Info 8 — die Red.) an. „. . . wir wünschen euch allen, die ganze kraft und notwendige courage dafür zu finden, diesen kampf siegreich zu führen, die situation zu verändern und neue revolutionäre perspektiven zu eröffnen.“

Frankreich. Die Vertretung der Guerillaorganisation der Volksfedajin Irans im Ausland in Paris überbringt solidarische Grüße: „. . . Da wir selbst aus unseren Erfahrungen im Iran (unter Schah- und islamischem Regime) mit Isolation und unmenschlicher Behandlung konfrontiert waren und sind, unterstützen wir Eure Forderungen . . .

BRD. Der „Solidaritätsbund mit den politischen Gefangenen und ihren Familienangehörigen in der Türkei und Türkei-Kurdistan“ erklärt sich solidarisch mit den politischen Gefangenen, ihren Forderungen.

Italien. In einem Telegramm überbringt Democrazia Proletaria dem Kampf der Gefangenen gegen Isolationshaft ihre Solidarität und revolutionäre Grüße.

Nicaragua. Westdeutsche und Berliner InternationalistInnen erklären in einem Brief an die Gefangenen ihre Solidarität.

Initiativen und Aktionen

Pinneberg. Im Amtsgericht prangt die Forderung nach Zusammenlegung von den Wänden. Auch in anderen Städten fanden viele Aktionen zur Verbreitung der Forderungen des Hungerstreiks statt.

Hamburg. Zum 13.4. wurde beim Büro des Arbeitgeberverbandes eine Scheibe eingeschlagen, zwei Flaschen mit brennendem Benzin eingeworfen. Vor dem Portal war eine Erklärung um einen Stein gewickelt: „Wir haben heute beim Arbeitgeberverband gezündelt, um in die Zähigkeit der Situation in der 11. Hungerstreikwoche einzugreifen . . .“ (Welt-HH, 14.4.) Am 14.4. flogen lt. Mopo „mehrere Steine in die Scheiben von ‚Mercedes-Benz‘ am Millerntor. Die mit Motorradmasken vermummten Täter sprühten ‚ZL sofort‘ auf ein Fenster und flüchteten unerkannt.“ Beim Grundeigentümerverband wurden am 15./16.4. Scheiben eingeworfen, in einer Erklärung wurde der Kampf gegen die „Spekulanten“ mit dem Kampf der Gefangenen um Zusammenlegung gleichgesetzt. (HA, 18.4.)

Bremen. Im Anschluß an eine Demonstration von ca. 1200 Teilnehmer/innen am 15.4. haben 25 DemonstrantInnen den Festsaal des Rathauses besetzt. Eine Hundertschaft der Polizei riegelte alle Eingänge ab und drängte nachrückende BesetzerInnen wieder raus. Mehrere Leute wurden am Boden liegend gefesselt. Nach 2stündigen Verhandlungen verließen die BesetzerInnen das Rathaus.

Osnabrück. An der Demonstration beteiligten sich ca. 250, anschließend Kundgebung und Infostand. Am 16.4. wurden Flugblätter vor der Domkirche verteilt.

Celle. Kundgebung mit 100 Leuten vor dem Knast.

Göttingen. In der Nacht zum 7.4. wurden lt. Welt bei der Staatsanwaltschaft, dem Juridium der Uni und der CDU-Geschäftsstelle 31 Fenster eingeschlagen, Buttersäure versprüht, die Parole „Zusammenlegung der Gefangenen — jetzt“ angeschrieben.

Marburg. Kundgebung am 8.4. in der Innenstadt, zu der ca. 200 Leute kamen, dazu Infotische, Bücherstände, Stellwände, Flugblatt. Überall in der Stadt hingen Transparente.

Paderborn. Veranstaltung am 12.4. mit ca. 80 Menschen. Die Veranstaltungsräume wurden einen Tag vorher von der kirchlichen Trägerschaft „gekündigt“.

Münster. Am 12.4. Aktionstag, an 10 Stellen Transparente, u.a. von der Katholischen Studentengemeinde.

Die „Münstersche Zeitung“ meldet einen Brandanschlag auf die AEG-Niederlassung. In dem Bekennerschreiben wird die ZL der hungerstreikenden Gefangenen gefordert. Schaden ca. 2 Mio. DM.

Duisburg. Kundgebung am 8.4. in der Stadtmitte, 100 Leute.

Köln. Demonstration mit 1000 Leuten am 15.4.

Aachen. Kundgebung am 15.4. an vier Stellen in der Innenstadt.

Frankfurt. Vermummte stürmten am 12.4. das Gebäude der Frankfurter Börse und warfen Molotow-Cocktails. Drei Menschen wurden von Sicherheitsbeamten festgenommen, gegen sie wurde Haftbefehl erlassen. (MoPo, 13.4.)

Mannheim. An der Kundgebung am 14.4. beteiligten sich ca. 100 Menschen. „Wir standen auf dem Marktplatz gegenüber dem Redaktionsgebäude des Zeitungsmonopolisten ‚Mannheimer Morgen‘, dessen Berichterstattung zum Hungerstreik scharf angegriffen wurde.“

Stammheim. Kundgebung am Knast, ca. 350 TeilnehmerInnen aus vielen Städten Süddeutschlands. Zunächst 3 Stunden auf der Vorderseite, Redebeiträge und Musik. Mit Rico konnten wir rufen, Eva war auch auf der Vorderseite, müßte alles gehört haben. Zum Schluß auf der Rückseite. Mit Manuela und Andrea konnten wir wieder rufen. Beide wurden aber nach 20 Min. von den Schließern weggeschleppt. Christian und den kurdischen Genosse Ali Kaytan haben wir leider auch nicht eindeutig mitgekriegt. (nach Telefonbericht)

Nürnberg. Mit der Aufforderung, zu verhindern, daß Ärzte herangezogen werden, durch medizinische Maßnahmen den Willen der Gefangenen zu brechen, wurden vorübergehend die Räume des Kreisverbandes der Ärzte Nürnberg besetzt.

Westberlin. Eine Arbeitsgruppe im Gesundheitsladen führt eine Kampagne gegen Zwangsernährung und Koma-Lösung. Sie schreibt in einer öffentlichen Stellungnahme: „. . . In Westberlin werden in einigen Krankenhäusern bereits Vorbereitungen zur Durchführung der Komamethode getroffen (z.B. Suche nach Freiwilligen, Gespräche mit Abteilungsleitern). Wir wollen nicht warten, bis Gefangene ins Koma fallen und wir sie gegen ihren Willen versorgen sollen. Der eindeutige Wille der Gefangenen ist aus dem Verlauf dieses Hungerstreiks und der vorangegangenen sowie aus den Erklärungen der Gefangenen, ihrer Anwälte und Angehörigen zu erkennen: sie lehnen jedes ärztliche Eingreifen ab, das ihnen ihr letztes Kampfmittel aus der Hand nehmen würde. Es geht in dieser Situation also nicht um Erste-Hilfe-Leistung, sondern der Staat versucht, durch ‚medizinische Maßnahmen‘ den Willen der Gefangenen zu brechen . . .“

Zwei Brandanschläge auf Filialen der „Berliner Bank“ und „Deutsche Bank“.

Kirchenbesetzung in Lübeck

Zur Besetzung der Kirche gab es aus den Reihen von SPD, Jusos und Grünen folgende Erklärung:

„SPD, Grüne und Jusos halten die Besetzung der Marienkirche zur Durchsetzung der Forderung nach Aufhebung der Sonderhaftbedingungen (Isolationshaft) und der Zusammenlegung ein geeignetes Mittel. Nach Meinung der SPD, Grünen und Jusos sind eigentlich nicht die Betroffenen dieser unmenschlichen Haftbedingungen, sondern die Bürgerinnen und Bürger gefordert, gegen jegliche Form der Isolationshaft und für freie Informationen, Kommunikation und Meinungsbildung einzutreten.

Auch die Justizminister und Ministerpräsidenten der Länder sind aufgefordert, die Zusammenlegung und Aufhebung der Sonderhaftbedingungen umgehend zu ermöglichen. Diese Forderungen stellen keine Erpressung des Staates dar, sie sind vielmehr der Weg für den Staat, die im Grundgesetz und der Verfassung garantierten Menschenrechte auch für die betroffenen Inhaftierten wiederherzustellen.

Die Hungerstreikenden haben mehrfach ihre Dialogbereitschaft bekundet. Die jüngste Unterbrechung des Hungerstreiks durch Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes nach 73 Tagen ist ein weiterer Beweis der Dialogbereitschaft. Die politisch Verantwortlichen sind gefordert, nun alles zur Deeskalation zu tun und an die Stelle der Isolation den gesellschaftlichen Dialog zu setzen. Deshalb verurteilen die Grünen, die SPD und die Jusos den menschenverachtenden politischen Kurs der Bundesregierung, der mit einem demokratischen Staatsverständnis nicht vereinbar ist. Für die SPD: Silke Seeman, 2. Kreisvorsitzende, für die Grünen: Jörg Niklas Meyer, Kreisvorstand, für die Jusos: Thomas Westphal, Sprecher des Vorstands-Kollektivs

Verbände und Institutionen

Brief der VVN Westberlin an die Gefangenen aus der RAF und andere Gruppen im Hungerstreik

(12.4.) Die Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes West-Berlin, Verband der Antifaschisten (VVN/VdA), die ehemals vom Naziregime verfolgt wurden, erinnern sich der unsäglichen Qualen, die die Isolationshaft zur Folge hatte. Ein nicht geringer Teil Männer und Frauen, die in Einzelhaft gehalten waren, wurden dadurch zur Verzweiflung und zum Selbstmord getrieben. Andererseits fanden viele die Kraft, ihren Peinigern die Stirn zu bieten. Woher nahmen diese Häftlinge die Kraft und den Mut zum Widerstand? Sie wußten sich nicht alleine, sondern verbunden mit den Tausenden, die noch in Freiheit ihren Kampf weiterführten. Sie waren von der Gewißheit des Sieges ihrer gerechten Sache überzeugt.

Wir, die Mitglieder der VVN/VdA, wissen, daß auch Ihr von der Gerechtigkeit Eures Kampfes um menschenwürdige Haftbedingungen überzeugt seid.

Wir wissen, daß Ihr seit Jahren Sonderhaftbedingungen ausgesetzt seid, deren Ziel es ist, wenn auch auf den ersten Blick nicht erkennbar, Eure psychische und politische Identität zu zerstören.

Wir wissen, daß die Behauptungen, dieser Strafvollzug sei „normal", nicht den Tatsachen entspricht.

Wir unterstützen daher eure Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft und für Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Freilassung der schwerkranken und haftunfähigen Gefangenen. Wir halten Eure Forderung nach freier politischer Information und Kommunikation für richtig und lebenswichtig.

Als Verfolgte des Naziregimes müssen wir heute feststellen, daß 1945 der Faschismus militärisch besiegt wurde, daß aber noch in vielen Facetten unserer Gesellschaft Nachfolgewirkungen dieses Terrorsystems erfahrbar sind, besonders im Bereich der Justiz. Bekanntlich wurde fast kein brauner Richter und Staatsanwalt behelligt, und etliche von denen saßen auch über Euch zu Gericht bzw. beeinflußten das politische Klima, was sich auch im kaltschnäuzigen Reagieren, in der Hinhaltetaktik und im bewußten Inkaufnehmen von Toten vor allem durch die CDU/CSU-regierten Länder zeigt. Das ist für uns empörend.

Auch wenn unser politischer Weg anders verlief und anders verlaufen wird, so sind wir mit Euch eins in der Forderung der sofortigen Aufhebung der Isolationshaft.

Mit solidarischen, antifaschistichen Grüßen, im Namen des Vorstands der VVN/VdA, gezeichnet Heinz Schröder (Vorsitzender), Wolfgang Szepansky (stellv. Vorsitzender), Axel Preuschoff (Geschäftsführer)

Entschließung des Gewerkschaftstages der IG Medien

Die Delegierten des 1. Gewerkschaftstages der IG Medien — Druck und Papier, Publizistik und Kunst fordern die Bundesregierung und alle Verantwortlichen in Bund und Ländern auf, den hungerstreikenden RAF-Gefangenen schnellstens ein verhandlungsfähiges Angebot zu deren Forderung auf Zusammenlegung zu unterbreiten.

Begründung: Auch RAF-Gefangene sind Menschen. Isolationshaft bzw. Sonderhaftbedingungen führen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen, zu Persönlichkeitsverfall und sind überdies resozialisierungsfeindlich. Bisher scheiterten alle Versuche der RAF-Gefangenen, humanere Haftbedingungen zu erreichen. Unter ihren spezifischen Haftbedingungen sehen sie in der konsequenten Nahrungsverweigerung die letzte Möglichkeit. Es ist ein verzweifelter Versuch, auch als Gefangener ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Dieser Versuch darf nicht tödlich ausgehen. Zwei Gefangene hungern bereits seit über neun Wochen. Nach Bewertungen aus medizinischer Sicht befinden sie sich in akuter Lebensgefahr. Um die von Tag zu Tag „realistischer werdende Todesspirale" aufzulösen und damit sich die Erfahrungen des Hungerstreiks von 1981 nicht wiederholen, ist schnellstes Handeln seitens der politisch Verantwortlichen notwendig. Jede weitere Verzögerung gefährdet Menschenleben. „Der Staat hat in unserem Land, auch geschichtlich gesehen, noch allerhand an Menschlichkeit nachzuholen." (Klaus Bölling, 6.4.89)

Einstimmig angenommen, 11.4.89

Erklärung von Ärzten und Ärztinnen des Hafenkrankenhauses Hamburg

An den Herrn Justizminister in Hamburg

Wir, die unterzeichnenden Mediziner/innen und Intensivmediziner/innen des Hafenkrankenhauses, erklären anläßlich des Hungerstreiks von Haftgefangenen: Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, angesichts der sich zuspitzenden Situation in den Gefängnissen sofort Entscheidungen zu treffen, die ein Sterben der Häftlinge verhindern. Wir protestieren gegen den Versuch, das anliegende politische Problem in ein medizinisches zu transformieren, bei dem ein Weiterleben von ärztlichem Wollen und Handeln abhängig gemacht wird.

Nachdem 1981 durch die Bundesärztekammer die Verpflichtung zur Zwangsernährung geächtet wurde, wird nach § 101 StVollzG ein medizinisches Eingreifen erst im Falle der Lebensbedrohung gefordert. — Abgesehen von der Tatsache, daß intensivmedizinische Therapie im langanhaltenden Hungerzustand ein Weiterleben nicht garantieren kann (wie bereits 1981 von renommierten Abteilungsleitern Berliner Kliniken öffentlich gemacht) — wird vor dem Hintergrund der jüngsten Verlautbarung der Hamburger Ärztekammer, daß „ein Arzt . . . auch nach Eintritt der Bewußtlosigkeit . . . nicht zu einer Zwangsernährung gezwungen werden (darf)", die Entscheidung über Leben und Tod eines Gefangenen ausschließlich in die Verantwortung des behandelnden Arztes oder Abteilungsleiters gelegt.

Angesichts der Möglichkeit, daß sich auch in Hamburger Gefängnissen Häftlinge am Hungerstreik beteiligen (werden), appellieren wir an die Hamburger Öffentlichkeit, zu verhindern, daß politische Probleme in der Intensivstation gelöst werden sollen. (Folgen zahlreiche Unterschriften)

Weitere Meldungen

Geschäftsf. Ausschuß der AL (11.4.): . . . Die AL begrüßt, daß der Senat und die SPD-Regierungen nach dem Scheitern der JustizministerInnenkonferenz nunmehr allein Angebote zur Zusammenlegung an die Gefangenen gemacht haben. Allerdings ist die vorgeschlagene Kleingruppenlösung völlig unzureichend. Kleingruppenisolierung ist . . . aus menschlichen und medizinischen Gründen unakzeptabel. Sie verhindert die Diskussion unter allen Gefangenen. Sie ist nicht geeignet, den Hungerstreik zu beenden. Die Gefangenen müssen in eine oder zwei Gruppen zusammengelegt werden. Die haftunfähigen Gefangenen sind zu entlassen.

ÖkosozialistInnen in der AL (10.4.): . . . Der Westberliner Senat muß sofort handeln! Die ÖkosozialistInnen fordern deshalb den AL/SPD-Senat auf: — sofort alle Gefangenen aus RAF und Widerstand nach Westberlin zu holen und in eine Großgruppe zusammenzulegen, — die Haftunfähigen Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Bernd Rössner und Angelika Goder freizulassen . . .

StipendiatInnenschaft des Evangelischen Studienwerkes: . . . (Sie) hat auf ihrer Delegiertenkonferenz vom 7.-9. April '89 die Erklärung „Grundrechte gelten für alle" diskutiert und mit großer Mehrheit angenommen . . . (s. Erklärung von Humanistischer Union u.a., HS Info 9, S. 7)

Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer PolizistInnen": „. . . setzt sich für die Erfüllung der Forderungen der Hungerstreikenden ein. Sprecher Manfred Mahr sagte gestern in Hamburg: ‚Mit dem eingehen auf die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung würde der Staat Mut und wirklich demokratische Stärke zeigen.' . . . Die kritischen PolizistInnen appellieren . . . an die JustizministerInnen, endlich einzulenken. ‚Es darf keine Toten aufgrund des Hungerstreiks geben, der Staat hat eine Fürsorgepflicht für seine Gefangenen', sagt Mahr." (taz HH, 13.04.)

Neue Richtervereinigung: Sie fordert in einer Erklärung sofortiges Handeln der SPD-regierten Länder: „Die Länder, die zur Zusammenlegung der Gefangenen bereit sind, müssen und dürfen sich nicht daran hindern lassen, das als notwendig Erkannte zu tun." Die harte Haltung insbesondere Bayerns und Baden-Württembergs könne nur Unheil nach sich ziehen. (taz, 12.4.)

Besetzung des Psych. Instituts HH

Hamburg. Am 10.04. besetzten PsychologInnen der Uni Hamburg den sog. „Rattenstall“ (Psychologisches Institut I) zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen. In einer Presseerklärung erklärte eine Arbeitsgruppe am 11.4.: „Wir fordern vom Fachbereichsrat des Psychologischen Instituts, sich in Form einer Resolution zum Hungerstreik zu verhalten. Wir fordern dies von den PsychologInnen, da gerade sie sich mit der Problematik der Isolationshaftbedingungen auseinandersetzen müssen, und wir wissen, daß in diesem Institut im SFB 115 zu diesem Thema geforscht wurde (wird???) (sensorische und perzeptuelle Deprivationsforschung“.

Besetzung der Nicolaikirche, Bielefeld

„Heute, am 16.4.89, haben wir die Altstädter Nicolaikirche besetzt. Unsere Absicht ist es, die Kirche solange besetzt zu halten, bis die Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung erfüllt werden oder zumindest akzeptable Angebote gemacht werden ... Bislang gibt es von den Regierungen des Bundes wie der Länder keinen Vorschlag, der für *alle* Gefangenen Verhandlungsgrundlage sein könnte ...

Unsere Besetzung der Kirche fällt in eine Phase des Hungerstreiks, in der die Gefahr, daß Gefangene sterben, für eine kurze Zeit abgeschwächt wird. Während Karl-Heinz Dellwo und Christa Eckes den Hungerstreik unterbrechen, befinden sich Rolf Heissler und Gabriele Rollnik in einer kritischen Phase. Wir wollen die Zeit nutzen, um mit Hilfe der demokratischen Kräfte die harte Haltung des Staates zu überwinden. Wir fordern SIE auf, Ihrer Pflicht als demokratische Kraft zu genügen und öffentlich zu den Forderungen der Gefangenen Position zu beziehen. Daß dies notwendig ist, zeigen die zynischen Worte von Justizminister Eyrich (Baden-Württemberg): ‚Tote müssen in Kauf genommen werden.‘ Solche Leute dürfen nicht länger über die Lebensbedingungen der Gefangenen verfügen ...“

Lt. taz vom 18.4. ist die Kirche inzwischen mit einem starken Polizeiaufgebot geräumt worden.

Mainz. In Mainz wurde für einen Tag die Christuskirche besetzt zur Unterstützung der Hungerstreik-Forderungen.

Bundesweite Demonstration am 29.4. in Bonn

Das Koordinationsbüro teilt mit: „Rund 60 VertreterInnen und Vertreter von 24 regionalen und Bundesorganisationen haben auf einem Treffen am 16.4.1898 in Bonn beschlossen, die Initiative zu der bundesweiten Demonstration **Zusammenlegung — Jetzt** am 29.4.1989 in Bonn zu unterstützen und breit zu mobilisieren. Mehr als 100 Unterschriften trägt der zentrale Demonstrationsaufruf bisher, Grüne, Jungsozialisten, DKP u.a. mobilisieren mit einem eigenen Aufruf zu der Demonstration ... Der Demonstrationszug soll von der Josefshöhe im Bonner Norden, am Innenministerium und dem Landeskrankenhaus vorbei zum Knast und dann zur Abschlußkundgebung auf dem Bonner Marktplatz gehen ...“

Der Polizeipräsident Bonn hat die Demonstration mit Auflagen belegt, die auf ein Verbot hinauslaufen, so „... von 14.00 bis 18.00 Uhr eine Standkundgebung **ohne** vorausgehenden Aufzug in der rechtsrheinischen Rheinaue“ usw.usf. Das Koordinationsbüro teilt dazu mit: „Die Begründung für das Verbot der Demonstration hat eine völlig neue Qualität: Allein das Thema **Zusammenlegung — Jetzt** und ‚der zu erwartende Personenkreis‘ reicht für die Begründung aus (Zitat aus der Verbotsverfügung des PB). Damit gilt die Forderung nach Zusammenlegung als ‚anschlagsrelevantes Thema‘ ... Als Grundlage für ein Demonstrationsverbot ist das neu. Das Verbot denunziert so, ohne jegliche Grundlage, alle die Menschen zu Kriminellen, die zu dieser Demonstration kommen wollen. Wir fordern alle Gruppen, Organisationen, alle Frauen und Männer auf, sich gegen das Verbot zu engagieren ...“

Infobüros

Seit dem 11.4. (s. Info Nr. 9) sind folgende Änderungen zu vermelden:

Bonn. Koordinationsbüro, c/o KV Die Grünen, Sterntorbrücke 7, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/659533

Barnstorf/Diepholz. Info-Büro, Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf, 05442/3890, Fax-Nr.: 05442/1361, Di 19.00-21.00

Bremen. Adresse u. Tel. geblieben, jetzt Telefax (über DKP): 0421/321314

Dortmund. HS-Büro, c/o taranta babu, Humboldstr. 44, 4600 Dortmund, Tel. 0231/141689, Mo-Fr, 15-18.00

Mönchengladbach. c/o Grünen-Büro, Aachener Str. 5, Tel. 02161/206404, tägl. 18.00-20.00

Mannheim. c/o Die Grünen, Alphornstr. 12, 6800 Mannheim, Tel. 0621/375167, Di 16.30-19.00, Mi 15.00-17.00

Heidelberg. Info-Stelle, c/o Akzent-Buchhandlung, Plöck 64a, 6900 Heidelberg

Erlangen. Infobüro, c/o Grünes Büro, Schuhstr. 34 1/2, 8520 Erlangen, Tel. 09131/22121, Mo-Do, 16-18.00, Sa 10-12.00

Ankündigungen

Demonstrationen, Kundgebungen

29.04. Bundesweite Demonstration in Bonn. Für die Demonstration wird bundesweit und z.T. auch im Ausland mobilisiert! Auftaktskundgebung: 10.00 Uhr, An der Josefshöhe.

22.04. Lübeck. Landesweite Demonstration, Auftaktkundgebung um 10.30 am Schrangen in der Innenstadt.

22.04. Osnabrück. Nicolaiort, 11.00, Kundgebung

22.04. Frankfurt. Regionale Demonstration

01.05. Lüneburg. Block auf der 1. Mai-Demonstration

Tübingen. Jeden Mittwoch am Marktplatz um 16.00 Uhr Trommelfeuer für die Zusammenlegung, mit Kundgebung und Demo

Veranstaltungen

Hannover. Jeden Montag Treffen des Bündnisses zur Durchsetzung der Forderungen des Hungerstreiks, 20.00, Pavillon

Duisburg. Jeden Sonntag 18.00 Hungerstreik-Info-Cafe, Neumühler Bahnhof, Theodor-Heuß-Str. 27. Jeden Do 20.00 HS-Plenum, Konsum Neumühl, Hannibalstr., Raum 4

Stuttgart. 25.04., Veranstaltung zum Prozeß gegen Uli Winterhalter, 20.00, St.-Heslach, Mörikestr. 69, Fabrik

Würzburg. 26.04., 20.00, Autonomes Kulturzentrum, Martin-Luther-Str. 4

Lüneburg. 27.04., 20.00, „40 Jahre BRD — 40 Jahre Repression und Widerstand“, Gaststätte Halvensleben, Vor dem Roten Tore

Konstanz. 04.05., Veranstaltung zu Startbahnprozessen und § 129a, mit Leuten der Startbahn-BI, 20.00, Hotel Barbarossa, Nebenraum

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint wöchentlich im GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Ein Halbjahresabonnement kostet 20,- DM. Eventuelle Überschüsse werden auf das Spendenkonto der Angehörigen überwiesen. Lieferung nur gegen sofortige Bezahlung oder Einzugsermächtigung möglich. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507